



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/05/2006
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 07.06.2006
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anliegen der Jugendräte
3. Lokales Bündnis für Familie
4. Antrag der SPD-Fraktion
5. Offene Ganztagschule
2. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen - Neue Beitrags-tabelle ab dem Schuljahr 2007/2008
Vorlage: 0467/2006
6. Jahresbericht Music-Office-Hagen für das Jahr 2005
Vorlage: 0307/2006
7. Satzung der Stadt Hagen über die Erhebung von Elternbeiträgen für Ta-geseinrichtungen für Kinder
Vorlage: 0519/2006
8. Geschäftsbericht 2005 für den Fachbereich Jugend & Soziales
Vorlage: 0450/2006



9. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe
hier: Jahresberichte 2005
Vorlage: 0454/2006

10. Anfragen gem. § 6 Abs.8 der Geschäftsordnung des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Herr Schledorn, den als Tischvorlage ausgelegten Antrag der SPD-Fraktion mit in die Tagesordnung aufzunehmen.

Frau Klos-Eckermann fragt die Ausschussmitglieder, ob gegen die Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes Bedenken bestehen. Dies ist nicht der Fall. Sie nimmt den Antrag als neuen Punkt 4 in die Tagesordnung auf.

Herr Decker möchte wissen, ob über die von 55 ausgelegte Tischvorlage zum Thema Erhebung von Elternbeiträgen heute entschieden werden solle.

Frau Klos-Eckermann bestätigt dies und äußert ihr Bedauern, dass die Vorlage aus terminlichen Gründen nicht zeitnaher zugestellt werden konnte. Es gehe um eine Satzung, die heute auf den Weg gebracht werden müsse, weil ansonsten die gesetzliche Grundlage zur Erhebung von Elternbeiträgen für das kommende Kindergartenjahr entfalle.

Frau Klos-Eckermann stellt nach Rückfrage von Herrn Decker fest, dass es sich hierbei um den alten Punkt 6 handle, der nach Aufnahme des neuen Tagesordnungspunktes jetzt Punkt 7 sei.

Herr Decker äußert seinen Unwillen über die Verfahrensweise, den Frau Klos-Eckermann nachvollziehen kann. Sie bittet dennoch um Verständnis.

Herr Jörg stellt fest, dass die Verwaltung ein Reglement brauche, um Beiträge von Eltern zu erheben. Dies müsse noch vor der Sommerpause geregelt werden.

Herr Steuber erläutert die Hintergründe und macht deutlich, dass die Verwaltung zeitnah reagiert hätte, aufgrund des engen Zeitrahmens aber nicht rechtzeitig die Vorlage liefern konnte. Er bittet um Verständnis für das Verfahren.

1. Mitteilungen

Herr Steuber freut sich, dem Ausschuss mitteilen zu können, dass das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW mitgeteilt habe, dass Hagen auch mit zwei Familienzentren ausgewählt worden sei und zwar mit der Einrichtung des Caritasverbandes Kita St. Engelbert in der Rembergstrasse und mit der Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt im Stadtteilhaus Vorhalle.



Das Land NRW habe europaweit die wissenschaftliche Begleitung und das Coachen solcher Prozesse ausgeschrieben. Es sei beabsichtigt, Ende Juni darüber zu informieren, wie das Verfahren aussehen werde. Es handele sich um einen mehrjährigen Prozess. Dass diese beiden Einrichtungen ausgewählt worden seien, sei im Konsens mit den öffentlichen und freien Trägern in Hagen passiert.

Weiterhin weist Herr Steuber auf eine ausgelegte Vorlage für den Landesjugendhilfeausschuss hin, in dem das Landesjugendamt über die Änderungen informiere, die insgesamt für den Haushalt des Landes vorgesehen seien. Man habe insofern jetzt für sich und die freien Träger Rechtssicherheit. Man habe durch eine Gesetzesänderung für die Tageseinrichtungen für Kinder damit zu rechnen, dass die Betriebskosten demnächst auf einen Prozentsatz von 30,5 % gesenkt würden. Das sei das sogenannte Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren. Das bedeute, dass man in Hagen mit einer Reduzierung des Landeszuschusses in Höhe von 1,5 Millionen € zu rechnen habe.

Bei der Gesetzgebung sei man davon ausgegangen, dass ein Elternbeitrag von 19 % erreicht werden könnte. In Hagen habe man seit mehreren Jahren nur einen Elternbeitrag von 13-14 % gehabt. Bisher hätten sich Land und Kommune das Aufteilen dieses Defizits geteilt. Das Land reduziere seinen Anteil nun auf 30,5 %.

Weiterhin würden die Zuschüsse pro eingerichteter Kindergartengruppe je nach Rechtsstatus (Eigentümer oder Mieter des Hauses) reduziert. Auch in diesem Bereich werde man in diesem Jahr 750.000 € weniger an Zuschüssen erhalten. Als dritter Punkt sei noch zu nennen, dass die Erziehungs- und Familienberatung mit 10.000 € weniger gefördert würde. Das Frauenhaus werde 36.000 € und die Familienbildung 4.000 € weniger erhalten.

Es sei festgeschrieben, dass das Fördervolumen für den Landesjugendplan auf 75 Millionen € fixiert bleibe.

Herr Heckrodt gibt einen Sachstandbericht über den Stand der Prioritätenliste Kinderspielplätze, die als **Anlage zu TOP 1** dem Protokoll beigefügt ist.

Frau Klos-Eckermann geht davon aus, dass man diesen Punkt bei der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses auf die Tagesordnung nehmen werde.

Herr Fischer nimmt Bezug auf die stattgefundene Volksinitiative. Die Landesregierung ließe Kinder und Jugendliche im Regen stehen. Man behaupte, es würde gar nicht gekürzt. Tatsachen würden verdreht. Man habe 326.000 Unterschriften gesammelt und Hagen stünde auf Platz 11 der Liste. Er bedankt sich ganz herzlich bei allen, die mit dazu beigetragen hätten, dass diese vielen Unterschriften zustande gekommen seien. Besonderen Dank richte er auch an die Hagener Presse.

Frau Burghardt berichtet, dass am letzten Freitag Richtfest des Hauses für Kinder gefeiert wurde. Im Moment würde ein Beteiligungsverfahren in Gang gesetzt. Das Projekt werde auch in den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG vorgestellt.



Sie wünsche sich, dass das Projekt ein Gemeinschaftsprodukt in Hagen werde, in dem der Kinderschutzbund zwar der Träger sei, aber man dankbar für Anregungen von außen sei, wie dieses Haus mit Leben gefüllt werden könne. Auch Hausführungen für das Projekt würden angeboten.

2. Anliegen der Jugendräte

Frau Klos-Eckermann begrüßt in diesem Zusammenhang Herrn Traut und Frau Seefeldt, die in Vertretung für Frau Lebuser anwesend ist.

Herr Traut teilt mit, dass das in der letzten Sitzung geplante Gespräch mit den Jugendräten und Herrn Jochen Weber nicht stattgefunden habe. Herr Weber habe das Gespräch abgesagt. Er bedauert, die Informationen, die aus dem ausgelegten Schreiben von Herrn Weber hervorgehen, nicht vorher schon gehabt zu haben und hätte es begrüßt, wenn dieses Schreiben nicht nur an den Vorsitzenden des JHA gerichtet worden sei, sondern auch an die Jugendräte. Als Konsequenz aus der Begebenheit mit der Bezirksvertretung Haspe hätten die Jugendräte entschieden, dass das Kinder- und Jugendbüro im Auftrag der Jugendräte die Bezirksvorsteher und Vertreter der Fraktionen und die Geschäftsführer der Bezirksvertretungen zu einem Treffen mit den Vertretern der Jugendlichen aus den Jugendräten einladen solle, um ein einheitliches Vorgehen der Bezirksvertretungen in Bezug auf die Jugendräte zu gewährleisten. Er gehe davon aus, dass dieses Treffen nach den Sommerferien stattfinde. Außerdem weist er auf die ausgelegte Einladung am 17.06.06 hin. An diesem Tag würden die Flöße eingeweiht.

Am 10. Juni werde ein Landestreffen der NRW-Jugendgremien am Harkortsee bei den Flößen stattfinden. Ziel dieses Treffens sei es, eine landesweite Vernetzung aufzubauen.

In der letzten Woche habe die Planungsgruppe für den gesamtstädtischen Jugendrat ein endgültiges Konzept beschlossen. Ein entsprechende Beschlussvorlage dazu werde voraussichtlich nach der Sommerpause vorgelegt.

Frau Klos-Eckermann berichtet hierzu, dass Herr Strüwer und sie in den vergangenen Wochen einige Gespräche im Hinblick auf die Jugendräte geführt hätten und sie seien der Meinung, dass die Angelegenheit für die zurückliegende Zeit so hinzunehmen sei, dass man aber für die Zukunft an dieser Sache arbeiten werde und guter Hoffnung sei.

In einer weiteren kurzen Diskussion, an der sich Herr Fischer, Frau Burghardt und Herr Goldbach beteiligen, ist man sich abschließend einig, dass es möglich sein müsste, zukünftig mit allen Beteiligten in einem gemeinsamem Dialog zu einer zufriedenstellenden Lösung zu kommen.

Herr Decker äußert sein Wohlwollen darüber, dass der Jugendrat Hagen-Nord einen großen Betrag aus seinem Budget für diese Sache gegeben habe, damit die Versicherung gedeckt sei. So könnten auch die Hasper Jugendlichen an diesem Projekt teilnehmen.



3. Lokales Bündnis für Familie

Frau Walter berichtet vom Lokalen Bündnis für Familien. Die Inhalte sind der **Anlage zu TOP 3** zu entnehmen.

Herr Dr. Schmidt merkt an, dass noch anstünde, das Bündnis für Familien in den verschiedenen Ausschüssen bis hin zum Rat in der Umsetzung zu begleiten. Er freut sich, mitteilen zu können, dass der Kämmerer aufgrund der Bemühungen von Herrn Strüwer und Herrn Goldbach einen Betrag in Höhe von 30.000 € zur Verfügung gestellt habe. Über dessen Verwendung solle im Kuratorium diskutiert werden. Als Stadt wolle man sich jedoch zurückhalten und nicht die Meinungsführerschaft übernehmen.

Herr Fischer ist begeistert, was alles aus dem Bündnis für Familien berichtet würde, wie viele Ideen da seien und welche konkreten Schritte gemacht würden. Auf der anderen Seite sei es erschreckend, wenn gleichzeitig Rückschritte gemacht würden, indem Familien durch Entscheidungen seitens der Landesregierung wieder belastet würden.

Herr Dr. Schmidt ist der Meinung, dass man nicht in jedem Einzelfall, wenn ehrenamtliches Engagement eine gewisse Qualität erreiche, immer gleich nach dem Staat oder der Stadt rufen müsse. Die Arbeit würde ernstgenommen. Die Politik sei mitbeteiligt, wenn es zum Beispiel um die Verteilung des obigen Betrages ginge. Da sei man mit im Boot.

Herr Fischer macht deutlich, dass er nicht die kommunale Ebene gemeint habe, sondern die Landes- und Bundesebene.

Frau Walter berichtet abschließend, dass man in Hagen eigentlich eher die Ausnahme sei, da die Akteure einen sehr langen Atem gezeigt hätten. Es seien mit ihr 17 andere Kommunen da gewesen, in denen das Bündnis lange nicht so gut laufe.

Frau Klos-Eckermann richtet im Namen des Ausschusses ihren Dank an Frau Walter und ihre Mitstreiter.

4. Antrag der SPD-Fraktion

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Schledorn erläutert den vorliegenden Antrag.

Frau Klos-Eckermann stellt den Antrag zur Abstimmung.



Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss appelliert an die öffentlichen und privaten Arbeitgeber in Hagen weitere Ausbildungsplätze zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. **Offene Ganztagschule**
2. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen - Neue Beitragstabelle ab dem Schuljahr 2007/2008
Vorlage: 0467/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Klos-Eckermann berichtet, dass der Schulausschuss diese Vorlage als erste Lesung betrachtet habe und macht auf einen Druckfehler in der Vorlage auf Seite 3 des 3. Teils aufmerksam. Dort sei in der Beitragstabelle bei einem Jahreseinkommen von 0 € bis 15.000 € fälschlicherweise ein Monatsbeitrag von 0 € ausgewiesen. Der richtige Monatsbeitrag sei hier 10 €. Der Schulausschuss habe die Vorlage deshalb als erste Lesung angesehen, da im Zuge der neu zu erhebenden möglichen Elternbeiträge im Rahmen der Kindertagesstätten dort auch diese Erweiterung der Einkommensstruktur zugrundegelegt werden solle. Man wolle diese beiden Beschlussvorlagen dann gemeinsam verabschieden.

Herr Hermann stellt fest, dass es früh genug wäre, wenn diese Vorlage letztlich nach der Sommerpause beraten und entschieden würde.

Herr Dr. Schmidt macht deutlich, dass man als Stadt beim Ausbau der offenen Ganztagschule in der letzten Stufe beim alten Beitragsverfahren rund 800.000 € bereitstellen müsse.

Zweiter Gesichtspunkt sei die Gerechtigkeitsdiskussion, die von verschiedenen Seiten beleuchtet werden könne.

Er weist abschließend darauf hin, dass ein rechtlicher Unterschied zum Kindergarten bestehe. Im Gegensatz zur Kindergartenpflicht auch bei Nichtbezahlung der Beiträge sei die rechtliche Situation im offenen Ganztags anders.

Herr Dücker befürwortet, die Vorlage als erste Lesung zu betrachten. Dann könne diese nochmal eingehend in den Fraktionen diskutiert werden. Er weist darauf hin, dass zu den genannten Beträgen auch noch das Mittagessen hinzugerechnet werden müsse und es dann für einige Beitragszahler schwierig werde, den Beitrag aufzubringen.



Herr Schledorn schlägt vor, die realen Einkommen bei den Hartz IV – Empfängern bei der Beitragsermittlung zugrunde zu legen. Auch er ist dafür, die Vorlage in erster Lesung zur Kenntnis zu nehmen, um in der Fraktion erneut darüber zu diskutieren.

Herr Fischer ist der Meinung, dass es nicht sein könne, dass ein Kind nicht im offenen Ganztage betreut würde, wenn der Beitrag von den Eltern nicht entrichtet würde. Da müsse es andere Lösungen geben.

Herr Dr. Schmidt erwidert, er sei gebeten worden, die Rechtslage darzustellen. Er stellt klar, dass dies nicht seine Auffassung von offener Ganztage sei, Kinder wegen eines nichtbezahlten Beitrages auszuschließen. Er bittet, bei der zu führenden Gerechtigkeitsdiskussion in den unteren Stufen die verschiedenen Beitragsarten als ein System zu sehen und diese nicht auseinanderzureißen. Es wäre sinnvoll, dass eine Beitragsstaffel in Hagen für alle Systeme gelte.

Frau Burghardt schließt sich ihren Vorrednern an. Sie möchte als Anregung für den Diskussionsprozess einbringen, dass es sinnvoll sei, die Eltern und Kinder zu motivieren, Leistungen in die Systeme einzubringen, die nicht finanzieller Natur seien. Auch das könne dazu führen, dass Kosten geringer würden.

Frau Klos-Eckermann geht davon aus, dass man sich einig sei, die Vorlage in der heutigen Sitzung als erste Lesung zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Finkensiep möchte die Ausschussmitglieder noch kurz über die Sitzung der AG 5 – Offener Ganztage - am heutigen Vormittag informieren. In Zukunft werde es voraussichtlich noch größere Finanzbedarfe für den Bereich der offenen Ganztage sein. In der heutigen Diskussion sei man wieder auf einen Punkt gestoßen, der der AG eigentlich schon seit zwei Jahren große Bauchschmerzen bereite. Das vom Rat der Stadt Hagen im Jahre 2003 beschlossene Personalkonzept im offenen Ganztage beinhalte auch den Einsatz von Verstärkungskräften aus dem Bereich der Arbeitsgelegenheiten. Das seien natürlich zusätzliche Arbeitsgelegenheiten im Wortlaut, aber jeder wisse, dass ohne diese Ergänzungsmöglichkeiten die Arbeit im offenen Ganztage nur schwer möglich wäre. Seit zwei Jahren befasse sich die AG damit, dass es nach wie vor immer wieder große Schwierigkeiten im Bereich der Zuweisungen für diese Arbeitsgelegenheiten komme. Die Frage stelle sich, inwieweit man zukünftig noch mit diesen Kräften rechnen könne und ob nicht nach anderen Konzepten und Lösungsmöglichkeiten gesucht werden müsste. Herr Dr. Schmidt ergänzt, ein weiteres Gespräch in dieser Angelegenheit mit den Fraktionsvorsitzenden finde am kommenden Dienstag mit der Arbeitsagentur und der Arge statt.

Herr Gebauer sieht einen dringenden Gesprächsbedarf in der AG 5. Er bäte, gemeinsam nach dem Gespräch am Dienstag nochmals zusammenzukommen, um dieses Gespräch, was man heute begonnen habe, weiter fortzuführen.

Herr Steuber weist darauf hin, dass die gesamten Fallstrukturen auf DV erfasst worden seien. Für den Fall, dass sich Beratungsbedarf in den Fraktionen erge-



ben sollten, könne dies zur Verfügung gestellt werden. Hiermit könnten auch weitere Modellrechnungen erstellt werden.

Beschluss:

Die Verwaltungsvorlage wird als 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**6. Jahresbericht Music-Office-Hagen für das Jahr 2005
Vorlage: 0307/2006**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss und der Kultur- und Weiterbildungsausschuss nehmen den Jahresbericht des Music-Office-Hagen für das Jahr 2005 zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



7. **Satzung der Stadt Hagen über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen für Kinder**
Vorlage: 0519/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Klos-Eckermann erklärt, dass das Land NRW am 29.05.06 dieses Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder durch das Haushaltsbegleitgesetz erlassen habe. Als Begründung sei ausgeführt worden, den Kommunen solle ihre planerische Gestaltungsfreiheit für ihre Elternbeiträge gewährt werden.

Sie äußert ihr Unverständnis vor dem Hintergrund der sehr unterschiedlichen finanziellen Strukturen der Kommunen. Leider sei die Stadt Hagen aufgrund finanzieller Zwänge nicht in der Lage, ihre planerische Gestaltungsfreiheit ausleben zu können. Heute läge aber nicht die Gestaltung der Elternbeiträge zugrunde.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass zum 01.08.06 eine Satzung benötigt würde.

Herr Jörg beschreibt die aus seiner Sicht zur Zeit praktizierte Politik der Landesregierung.

Frau Klos-Eckermann weist noch mal ausdrücklich darauf hin, dass es heute darum gehe, dass die Satzung, die jetzt durch das neue Gesetz wegbräche, der Stadt Hagen keine Handhabe gebe, den bisherigen Elternbeitrag zu erheben.

Dr. Schmidt teilt mit, dass das Land bisher beabsichtigt habe, bis zum 01.08.2007 die Kindergartenfinanzierung und die U3/U2 - Betreuung auf völlig neue Beine zu stellen.

Es sei heute deutlich geworden, dass die Landesregierung auch aufgrund der geführten Diskussionen die neue Finanzierung erst zum 01.08.2008 einführen wolle.

Herr Dücker erinnert im Hinblick auf die Ausführungen von Herrn Jörg daran, dass die Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich schon lange vorher gemacht worden seien.

Es sei ein Wahlkampf geführt worden, in dem versprochen worden sei, diese Kürzungen zurückzunehmen. Die FDP sei mit der Entwicklung nicht zufrieden gewesen. Mittlerweile habe wohl jede Partei das Ziel, die Kindergärten frei zu halten von Beiträgen. Unbestritten sei aber leider, dass die finanzielle Lage des Landes dramatisch sei. Man könne jedoch nicht sagen, dass das Wohl von Kindern nur von der finanziellen Höhe des Beitrages abhängt. Das Wohl von Kindern hänge davon ab, wie man sich gesellschaftlich mit diesen Kindern auseinandersetze. Das Hauptaugenmerk der Diskussion solle darauf gerichtet sein, wie man die Situation in dieser Stadt unter dem Druck der Finanzen erträglich gestalten könne. Keiner solle zu sehr belastet werden.

Herr Schledorn hält dem entgegen, dass über die Kürzungen im Kindergartenbereich vorher keine Debatte stattgefunden habe.

Zweitens würden die höheren Einkommensbezieher durch die Möglichkeit, die Kosten für Betreuung von der Steuer abzusetzen, bevorzugt und dort könne

man daher eher etwas drauflegen.

Abschließend erklärt er, es sei in dieser Gesellschaft nicht so, dass Zuwendung und Liebe reichten, um Kinder zu fördern. Das habe die Pisa-Studie ganz deutlich gezeigt. Es gebe einen klaren Zusammenhang zwischen dem Einkommen der Eltern und dem Bildungserfolg der Kinder.

Frau Klos-Eckermann ist auch dieser Meinung, dass ohne eine gewisse materielle Absicherung Familie auch nicht funktionieren könne. Sie stellt die Satzung zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tageseinrichtungen für Kinder.
2. Die Höhe der Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen in Hagen wird wie folgt festgelegt.

Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
E i n k o m m e n					
bis 12.271 €	bis 24.542 €	bis 36.813 €	bis 49.084 €	bis 61.355 €	über 61.355 €
Beitragssatz Kindergärten					
0,00 €	26,08 €	44,48 €	70,11 €	115,04 €	151,34 €
Beitragssatz Tagesstätten					
0,00 €	41,93 €	70,56 €	115,04 €	177,93 €	235,19 €
Beitragssatz U3 - Betreuung					
0,00 €	68,00 €	141,12 €	208,61 €	276,61 €	312,91 €

3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat einen Vorschlag zur Neugestaltung der Beitragsstaffelung unter Berücksichtigung der Reduzierung der Landeförderung vorzugeben.



Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. Geschäftsbericht 2005 für den Fachbereich Jugend & Soziales Vorlage: 0450/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Klos-Eckermann weist darauf hin, dass sie im Geschäftsbericht auf Seite 61 den Landeszuschuss für die Kindertagesstätten nicht habe finden können.

Herr Steuber räumt ein, dass hier ein Betrag von 3.073.000 € hätte stehen müssen.

Im weiteren Verlauf greift Herr Steuber einige Felder aus dem Geschäftsbericht auf und erläutert sie näher.

Er schlägt vor, im August einzelne Felder der Jugendgerichtshilfe und im Herbst die Arbeit der Drogenberatung im Ausschuss intensiver vorzustellen.

Frau Kurte merkt in Bezug auf die RAA an, dass sie im Geschäftsbericht ganz viele Ziele der RAA lesen könne, aber keinerlei Bilanz oder Erfolgsmeldung. Sie wüsste gern, was mit der RAA erreicht worden sei.

Herr Goldbach erläutert hierzu, dass die Verwaltung zusammen mit der RAA in den letzten eineinhalb Jahren insbesondere den Bereich der Sprachförderung ausgebaut habe. Dies sei mittlerweile auf einem sehr guten Stand. Er habe mit der Leiterin der RAA vereinbart, über die jetzigen Schwerpunkte für August/September eine Vorlage für den Sozialausschuss, Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss vorzubereiten.

Frau Klos-Eckermann stellt fest, dass der Ausschuss diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nimmt und bedankt sich herzlich bei der Verwaltung für die sehr professionelle Darstellung der Arbeit.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2005 des Fachbereiches Jugend & Soziales zustimmend zur Kenntnis.



Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. **Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe**
hier: Jahresberichte 2005
Vorlage: 0454/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Fischer stellt fest, dass die Jahresberichte im Vergleich zum letzten Jahr übersichtlicher geworden seien. Er bedankt sich dafür, dass dieses so schnell und unkompliziert möglich gewesen sei. Er regt an, im Hinblick auf die Übersichtlichkeit eventuell zu versuchen, einen Gesamtblick zu ermöglichen, um Zusammenhänge aufzuzeigen.

Frau Kurte stellt eine Frage zum Bericht der Falken, die von Herrn Goldbach beantwortet wird.

Frau Klos-Eckermann stellt auch hier fest, dass der Jugendhilfeausschuss den Bericht überaus wohlwollend zur Kenntnis nimmt. Ihr Dank richtet sich an die Verwaltung und an die Träger.

Herr Schledorn erinnert daran, dass in der Vergangenheit zu diesem Tagesordnungspunkt immer ein oder zwei Träger eingeladen worden seien, um ihre Arbeit näher vorzustellen. Er schlägt vor, dass in der nächsten Sitzung der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband eingeladen werde, um über seine Arbeit der Elterninitiativen für Kindertageseinrichtungen zu berichten. In diesem Zusammenhang sollten auch der Caritasverband und die AWO eingeladen werden, um die beabsichtigten Konzeptionen der Entwicklung eines Familienzentrums zu präsentieren.

Damit sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



10. Anfragen gem. § 6 Abs.8 der Geschäftsordnung des Rates

Herr Decker erinnert daran, dass er in einer der ersten Sitzungen des JHA angefragt habe, wie es denn mit den Schulschwänzern aussähe und wie mit dieser Problematik umgegangen werde. Er möchte wissen, ob die Sache voran ginge und ob es dazu etwas zu berichten gebe.

Herr Steuber berichtet, dass auf der Ebene aller Schulräte zusammen mit Jugendhilfe, Ordnungsamt und Polizei weiter beraten worden sei an dem ersten Entwurf des Konzeptes. Nach der Sommerpause wolle man sich zu diesem Thema weiter beraten.

Es sei nach wie vor das Ziel, schulübergreifend ein gemeinsames Konzept zu entwickeln. Der Bedarf eines solchen Konzeptes sei unstrittig. Auf der Basis bereits vorliegender Konzepte werde angestrebt, dass man sich in den nächsten Monaten darüber verständigen wolle, wer was wann in einer bestimmten Prozesskette veranlasse. Ziel sei es, das Ganze mit Schulleitungen verschiedenartiger Schulformen bis zum 31.01.2007 fertigzustellen und zum nächsten Schuljahresbeginn 2007 verbindlich in Kraft zu setzen.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.15 Uhr

Gez. Klos-Eckermann
Stellv. Vorsitzende

Gez. Krause
Schriftführerin

C. ANWESENDE

Name

Frau Hildegard Kurte
Herr Detlef Reinke
Herr Wolfgang Jörg
Frau Sybille Klos-Eckermann
Herr Victor Dücker
Frau Ulrike Dannert

Herr Jörg Schledorn
Herr Frank Decker
Herr Uwe Feldhaus
Herr Michael Gebauer
Herr Frank Fischer
Herr Stefan Schmidt
Herr Michael Finkensiep
Frau Katrin Gerber

Herr Beigeordneter Dr. Christian Schmidt Stadt Hagen
Herr Gerd Steuber Stadt Hagen
Herr Michael Halfter
Frau Gisela Opitz-Hildebrand
Herr Joachim Zoremsky
Frau Christa Burghardt
Herr Frederik Traut
Frau Alina Seefeldt
Herr Eckardt Kothe
Frau Renate Andree

Frau Christine Walter Bündnis für Familien

Herr Werthmann – 14 -
Herr Heckrodt – 66 -
Herr Hermann – 40 -
Herr Dr. Brauers – 55 -
Herr Goldbach – 55 –
Herr Machatschek – 55 –

Gez. Klos-Eckermann
Stellv. Vorsitzende

Gez. Krause
Schriftführerin